

Niederländische Christdemokraten vor schwerer Entscheidung

Das Projekt einer Minderheitsregierung von Liberalen und Christdemokraten mit Duldung der Partei des Populisten und Islamkritikers Geert Wilders geht in die entscheidende Phase. Nach mehrwöchigen Verhandlungen hatten sich die Verhandlungsführer der liberalen VVD, Mark Rutte, des christlichdemokratischen CDA, Maxime Verhagen und Geert Wilders von der PVV Mitte dieser Woche auf Koalitionsvereinbarungen verständigt. Noch vor der öffentlichen Vorstellung des Regierungsprogramms sollten die Fraktionen die Vereinbarungen absegnen. Während die Abgeordneten der PVV und VVD binnen kurzer Zeit dem Koalitionsdeal geschlossen zustimmten, zogen sich die Christdemokraten in ein Hotel zurück, um nach vierzehnstündiger Beratung zu dem Ergebnis zu kommen, dass man vor einem endgültigen Urteil erst das Votum eines Sonderparteitages abwarten wolle. Dieser ist für Samstag, 2. Oktober in Arnheim vorgesehen.

Am Donnerstag, den 30. September 2010 wurde das vierzig Seiten starke Regierungsprogramm mit dem Titel „Freiheit und Verantwortung“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Daneben gibt es den Entwurf einer „Duldungsvereinbarung VVD-PVV-CDA“, die auf zwanzig Seiten plus Anlagen die Zusammenarbeit der drei Parteien fixiert; überwiegend werden dabei Teile aus dem bilateralen Koalitionsvertrag übernommen.

Inhaltliches Hauptanliegen der Mitte-Rechts-Koalition ist die Haushaltssanierung mit Einsparungen von geschätzten € 18 Mrd., um damit die Niederlande stark aus der Krise herauszuführen. Wo die Kürzungen

vorgenommen werden, war Gegenstand intensiver Verhandlungen. Am symbolträchtigsten dürfte die Entscheidung sein, die Zweite Kammer von 150 auf 100 Abgeordnete zu verkleinern und den Senat um ein Drittel der Mitglieder auf 50 zu reduzieren. Auch die Zahl der Ministerien wird durch Zusammenlegung auf 12 abgespeckt, außerdem soll es nur noch acht Staatssekretäre geben. Ein entsprechender Abbau ist auch auf regionaler (Provinzen) und kommunaler Ebene geplant. Im sozialen Bereich fällt auf, dass die Anhebung der Rentengrenze jetzt auf 66 Jahre und nicht auf 67 erfolgen soll. Auch die sehr umkämpften Abschreibungsmöglichkeiten für Hypotheken bleiben erhalten. Die Entwicklungshilfe wird von derzeit rund 0,8% des BIP auf den internationalen Richtwert von 0,7% zurückgefahren. Ferner will Rutte noch eine zusätzliche Milliarde beim niederländischen Beitrag zum EU-Haushalt einsparen. Aufstocken will die neue Koalition im Bereich Sicherheit. Dreitausend zusätzliche Polizisten sollen eingestellt werden. Wilders verkündete, dass er sich zusätzlich für eine „Tierpolizei“ im Umfang von 500 Agenten stark gemacht habe. Im Bereich Einwanderung ist die Hauptaussage eine Halbierung der Zuwanderer aus nichtwestlichen Ländern. Rücküberführung und Ausweisung - insbesondere bei Rechtsvergehen sollen konsequenter durchgeführt werden.

Die Vereinbarungen werden in den nächsten Tagen jetzt sorgfältig zu studieren sein. Die Hauptbotschaft, die Rutte der neuen Koalition unterlegt - wir geben die Niederlande den hart arbeitenden Niederländern zurück - wird bei seinen Anhängern wie auch bei denen des Koalitionspartner CDA positiven Widerhall

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN

September 2010

www.kas.de

www.eukas.eu

finden. Anders aber als bei VVD und PVV gibt es bei vielen Christdemokraten ein großes Unbehagen über das Projekt Rutte-Wilders-Verhagen. Die beiden Koalitionsparteien gehen ein hohes Risiko ein, das für den Juniorpartner, wenn nicht zu einer Zerreißprobe, so doch zu einer ernsthaften Gewissensprüfung mit Folgen für das innerparteiliche Klima zu werden droht.

Rein rechnerisch hat die neue Regierung mit der Unterstützung von Wilders eine Mehrheit von einer Stimme. Eventuell sollen noch die Stimmen der calvinistischen, europaskeptischen SGP (Staatkundig Gereformeerde Partij) mobilisiert werden, die mit zwei Abgeordneten vertreten ist und ihre Zustimmung vor allem vom Stopp einer weiteren Liberalisierung der Euthanasiegesetze und weiteren ethischen Fragen abhängig macht. Die zukünftige Regierung hängt also ab von der Kooperationsbereitschaft eines charismatischen Populisten, der seine Popularität mit Kampfansagen gegen Muslime und Islamisten erworben und mit eher linksorientierten sozialpolitischen Versprechungen und anti-europäischer Rhetorik zusätzliche Stimmen gewonnen hat. Die Linke sei in den Niederlanden abgemeldet, verkündete Wilders nach Bekanntgabe der Einigung. Er stehe jetzt im Zentrum des Einflusses.

Es dürfte vor allem diese Aussage sein, die nicht wenige Christdemokraten beunruhigt. Die Befürworter der Minderheitskoalition führen vor allem zwei Argumente an. Sie sehen, nachdem bei den Sondierungsgesprächen im Sommer alternative Koalitionsmöglichkeiten sich als nicht machbar erwiesen hatten, in der jetzt geplanten Konstellation das einzige Mittel einen weiteren Zuwachs der PVV zu verhindern. Der CDA hatte vor allem im katholischen Süden der Niederlande, der Heimat von Verhagen, Stimmen an Wilders Partei verloren. Ein zweites Kalkül ist die Sorge, dass die, nach den herben Verlusten in den Parlamentswahlen um fast die Hälfte der Sitze geschrumpfte Partei, aus einer Oppositionsrolle den Anschluss an die Macht ganz verlieren könne. Die jüngsten

Umfragen sehen sie bei nur noch 15 Sitzen statt ehemals 41.

Als im Sommer der damalige Informateur Ruud Lubbers die Bildung einer Minderheitsregierung vorschlug, standen die öffentliche Meinung und insbesondere auch die Anhängerschaft des CDA dem Projekt mehrheitlich aufgeschlossen gegenüber. Doch schon bald warnten führende ehemalige Politiker der Christdemokraten vor diesem Kurs – kritische Stimmen, denen sich Ruud Lubbers später selbst anschloss. Ende August dann erklärte der Co-Verhandlungsführer der Christlichen Demokraten, Ab Klink, dass er die Politik nicht weiter mittragen könne und warnte in einem langen Brief an den Fraktionsvorsitzenden vor Schäden für die Partei. Der noch amtierende Gesundheitsminister gab nicht nur das Amt des Verhandlungsführers auf, sondern legte auch sein Mandat als Abgeordneter nieder. Seiner Kritik hatten sich zwei weitere Mitglieder der „Tweede Kamer“ öffentlich angeschlossen, ohne auf ihr Mandat zu verzichten. Zwei Stimmen der Mehrheit waren damit unsicher geworden. Die Fraktion entschied dennoch nach intensiven Beratungen, die Gespräche weiterführen zu lassen und das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten. Ende September warnte auch der amtierende Justizminister Ernst Hirsch-Ballin vor dem eingeschlagenen Kurs seiner Partei, der nicht mit christlich-sozialer Politik vereinbar sei. 15 aktive Parteimitglieder mit muslimischen Hintergrund haben sich mit einem Brandbrief an den amtierenden Parteivorsitzenden Bleker gewandt und auf negative Konsequenzen für ihre Arbeit in Stadtrats- und anderen Fraktion hingewiesen.

Inhaltlich mag sich die Partei in der Koalitionsvereinbarung mit den Liberalen sicher wieder finden. Er klärt aber nicht die Frage, wie die Partei sich gegenüber der PVV stellt. Ab Klink hatte in seinem Brief neben dem Hinweis auf die knappe Mehrheit und Unberechenbarkeit Wilders – „75 Prozent der Gründe warum CDA und VVD die Koalition wollen“ teile dieser nicht - auf diesen Punkt hingewiesen. Die größere

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. PETER R. WEILEMANN

September 2010

www.kas.de

www.eukas.eu

Sorge war, man werde in Sippenhaft mit Wilders genommen und müsse seine eigenen selbstverständlichen Werte ständig aus der Defensive heraus vertreten. Dazu kamen andere Fragen nach der Zukunft der Religionsfreiheit und dem Kurs der Integrationspolitik, die durch dieses Bündnis nicht erleichtert, sondern erschwert werden.

Moniert werden auch die extrem kurzen Verfahrensfristen der Befassung von Fraktion und Partei. Mittlerweile haben sich mehr als 3000 Mitglieder für den Parteitag angemeldet. Die Redezeit ist traditionell auf eine Minute begrenzt; den beiden unschlüssigen Fraktionsmitgliedern sei etwas längere Redezeit zugesagt. Wortführer der Kritiker gehen jedoch davon aus, dass eine Mehrheit für die Koalitionsvereinbarung zu Stande kommt. Der Ausstieg hätte früher erfolgen müssen. Anders als die Fraktion hatte der Parteivorstand des CDA, der gleichzeitig tagte, nach kurzer Beratung ein positives Votum abgegeben. Vor dem Parteitag werden die regionalen Parteivorsitzenden über das Vorgehen beraten. Maxime Verhagen kann deshalb optimistisch bleiben, dass der Parteitag und die Fraktion, dem formal das Recht der letzten Entscheidung zusteht, dem Verhandlungsergebnis zustimmen werden. Er sieht in den getroffenen Vereinbarungen eine breite Grundlage für die Politik in den Niederlanden.